

Doris Wagner
Die ehemalige Nonne klagt an
KULTUR 35



Blitz-Garage AG

Hauptvertretung, Roger Fricker
Hauptstrasse 59, 4415 Lausen
www.blitz-garage.ch 061 921 11 10



Mein erstes Mal mit dem FCB
Zum 125. Geburtstag schwelgt die bz-Redaktion in alten Erinnerungen
SEITE 15, 20/21

Nicht nur Schlusslicht Baselland leidet unter der Prämienlast

Gesundheit Die neue Studie des Bundes zeichnet für die meisten Kantone ein düsteres Bild

VON ANNA WANNER UND MICHAEL NITTAUS

Dass die bz kurz vor der Baslerbieter Abstimmung zur Prämien-Initiative der SP eine unveröffentlichte Studie des Bundesamts für Gesundheit publik machte, sorgte für Wirbel. Kein Wunder, schnitt doch Baselland darin, was die Prämienlast angeht, am schlechtesten ab. 18 Prozent des verfügbaren Einkommens

müssen unterstützte Baslerbieter Haushalte im Schnitt für die Krankenversicherung ausgeben - trotz Prämienverbilligung. Doch die Studie, die das Jahr 2017 beleuchtet, zeigt: Die Entlastung durch den Zustupf reicht auch anderswo nicht. Das beweist der vertiefte Blick auf die Gesamtschweiz. Über alle Kantone gesehen, liegt der Schnitt der verbleibenden Prämienbelastung bei

14 Prozent. Die Belastung variiert unter den Kantonen, weil die Prämien in den Städten und in der Romandie höher sind als in ländlichen Gebieten. Gleichzeitig zeigen sich manche Kantone sehr spendabel, Graubünden zahlt pro Haushalt 4909 Franken Prämienverbilligung im Schnitt. In Baselland sind es lediglich 1804 Franken, in Basel-Stadt dagegen 4262, schweizweit sind es

2653 Franken. Was sich hingegen in allen Regionen abzeichnet: Die Belastung der Haushalte nimmt zu - obwohl Bund und Kantone immer mehr Geld auszahlen. 2017 belief sich das Volumen der Prämienverbilligung auf 4,5 Milliarden Franken, 2015 waren es 4 Milliarden. Die Zahl der Empfänger stagniert bei 2,2 Millionen, 26,4 Prozent der Bevölkerung. KOMMENTAR RECHTS, SEITE 6

KOMMENTAR

Nur ein radikaler Spitalumbau hilft

Trotz Prämienverbilligung geben bedürftige Haushalte im Schnitt 14 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Prämien aus, in Kantonen wie Jura oder Baselland gibt es Familien, die 23 Prozent ihres Budgets an die Krankenkasse bezahlen. Also fast jeden vierten Franken! Abhilfe ist nicht in Sicht. Denn während die Prämien steigen, schnüren die Kantone ein



von Anna Wanner

Sparpaket nach dem anderen. Dass dies nicht mehr tragbar ist, haben nun auch die Parteien gemerkt. Alle entwickeln Ideen, um den steigenden Prämien und Gesundheitskosten entgegenzuwirken.

Die markigste Reform schlägt die SP vor, welche die Prämienlast bei 10 Prozent deckeln will. Nur löst ein Deckel das Problem nicht. Die Gesundheitskosten wachsen weiter. Anstatt der Versicherten müssten nun die Steuerzahler bluten - und die klammen Kassen der Kantone für zusätzliche Prämienverbilligungen füllen.

Nachhaltig Wirkung entfalten würde ein Umbruch in der Spitallandschaft, der überfällig ist. Wenn sogar der Chef der Zürcher Krankenhäuser eingestehen muss, dass es in seinem Kanton 20 bis 30 Prozent Überkapazitäten gibt, müssten eigentlich überall die Alarmglocken schrillen. Die Kantone bewegen sich, aber nur langsam. Positives Beispiel ist etwa die geplante Fusion des Basler Unispitals mit dem Kantonsspital Baselland. Doch das kann nur der Anfang sein. Allen voran die hoch spezialisierte Medizin müsste schweizweit auf ein bis zwei Standorte beschränkt werden. Nur ein radikaler Umbau der Spitallandschaft kann eine Entlastung für alle bringen.

@anna.wanner@chmedia.ch

Premiere beim Basler Pop-Preis

Der Basler Pop-Preis 2018 geht an den Basler Produzenten Mischa Nüesch aka Audio Dope (Bild). Die mit 15 000 Franken dotierte Auszeichnung wurde ihm gestern im Walzwerk in Münchenstein verliehen. Damit entschied sich die fünfköpfige Fachjury erstmals überhaupt für einen Produzenten. Der ebenfalls gestern vergebene Publikumspreis ging an die Baslerbieter Rapperin La Nefera, die im Online-Voting der bz 41 Prozent der Stimmen erhielt.

SEITE 36 FOTO: MARTIN TÖNGI



Allschwiler Volkspartei SVP-Verstossene mit eigener Partei

Die Landräte Pascale Uccella und Roman Klausler politisieren ab sofort unter dem Banner einer neuen, eigenen Partei, der Allschwiler Volkspartei (AVP). Von der SVP Allschwil und der SVP-Landratsfraktion waren beide ausgeschlossen worden, nach Querelen rund um Parteientscheidungen. Als Kleinstpartei haben sie im Landrat keine Sitze in den Fraktionen. Klausler verliert somit auch den Vorsitz der Finanzkommission. Trotzdem treten die beiden im März 2019 zu den Wahlen an. Sie erhoffen sich, zumindest einen Sitz zu verteidigen. Roman Klausler ist zudem Allschwiler Gemeinderat. SEITE 25

SP attackiert Wessels doppelt

Verkehr Basler Sozialdemokraten reichen Motion gegen den eigenen Regierungsrat ein

VON BENJAMIN ROSCH UND BOJAN STULA

Regierungsrat Hans-Peter Wessels im Vorzimmer des Grossen Rats, umringt von mehreren Vertretern der SP-Fraktion. Dieses Bild bot sich gestern Nachmittag. Es steht sinnbildlich für den Redebedarf zwischen dem SP-Magistrat und seiner Partei. Gleich in zwei Verkehrsthemen sah sich Wessels mit scharfer Kritik aus den eigenen Reihen konfrontiert. Mit einer Motion stemmt sich die Basler Grossratsfraktion gegen die Äusserungen des Bau- und Verkehrsdirektors zum Westring. An einem Infoanlass am Dienstagabend in Muttenz hatte sich Wessels bedingungslos hinter das gemeinsame Bekenntnis von Bund und beiden Basel für eine Autobahn-Umfahrung im Südwesten der Stadt gestellt. Mit einem

Vorstoss will die SP-Fraktion nun Wessels zur Umkehr zwingen. Mit dieser wird «der Basler Regierungsrat aufgefordert, sich verbindlich gegen die Planung der zusätzlichen Stadtautobahnen Westring im Kanton Basel-Stadt auch unterirdisch und der damit erweiterten Strassenkapazitäten einzusetzen». Findet die Motion eine Mehrheit im Rat, gilt ein Planungsstopp während 10 Jahren; «oder so lange, bis die Finanzierung des alternativen Schienenprojekts Herzstück gesichert ist» - oder Elektromobile über 50 Prozent Marktanteil erreichen.

Gleichentags wurde bekannt, dass sich die Sozialdemokraten auch am Widerstand gegen das vom Baudepartement forcierte Tschudi-Parking beteiligen. Dies habe der Parteivorstand einstimmig beschlossen. Gestern

reichten Gegner des Parkings eine Petition mit fast 3600 Unterschriften ein.

Unter diesen Gegnern figuriert auch Alt-SP-Grossrat Tobit Schäfer. Zwar ist er nicht Teil des inneren Kerns der Bürgerbewegung, doch steht er deren Vertretern beratend zur Seite. Als Präsident der Geschäftsprüfungskommission leitete Schäfer vor eineinhalb Jahren die Untersuchungen gegen Baudirektor Wessels im Zusammenhang mit der BVB-Affäre und sparte dabei nicht mit Kritik.

Neben dem Westring gibt aber auch noch ein anderes Strassenbauprojekt zu reden, das am Rande der Veranstaltung vom Dienstagabend ruckbar wurde. So möchte Baselland den Ausbau der Rheinfelderstrasse, die parallel zur A2 durch den Hardwald führt, auf vier Spuren prüfen. SEITE 19, 23

INSERAT



Ku

Das Horn gehört zur Kuh wie das «h».

Am 25. November 2018:
JA zur Hornkuh-Initiative

IG **HORNKUH**
Nordwestschweiz
c/o Peter Lachenmeier



Stolz auf die Zahl: Fast 3600 Unterschriften dick ist die gestern eingereichte Petition.

DARIA KOLACKA

Parking-Gegner lassen ihre Muskeln spielen

Tschudimatte Gestartet als Bürgerbewegung, mischt auch die SP mächtig gegen Wessels mit

VON BENJAMIN ROSCH

Manchmal ist Politik sehr simpel. Sie seien einfach an zwei Nachmittagen vor den Kosi gestanden und dann hatten sie 1500 Unterschriften gegen das geplante Tschudiparking zusammen. So schildern es die Gegner des Bauvorhabens gestern im Rathaus-Innenhof. Wenige Minuten zuvor haben sie ihre Petition eingereicht. Die Petition - es ist das harmloseste aller politischen Instrumente. Diese aber sollte man ernst nehmen: 3597 Unterschriften trugen die Anwohner rund um die Tschudimatte zusammen (bz vom Dienstag). Die beiden Sammelnachmittage waren die Initialzündung. «Danach war es ein Selbstläufer», sagt Renato Möschi. Der Quartierbewohner steht im Zentrum der Bürgerbewegung.

Inzwischen haben die Parteien und Verbände das Potenzial dieses Widerstands erkannt. Speziell Basta, Grünen und VCS kommt der Protest zupass, um die Basler Verkehrsdebatte weiter anzukurbeln. Spätestens seit dem Volksent-

scheid 2010, den motorisierten Individualverkehr um 10 Prozent zu reduzieren, ist die Situation in der Verkehrspolitik komplett verfahren.

Vorwurf von Planungsversagen

Bemerkenswert ist indes, wie die Basler SP dem zuständigen Regierungsrat Hans-Peter Wessels aus den eigenen Reihen an den Karren fährt. Der Parteivorstand habe «einstimmig» entschieden, den Widerstand zu unterstützen, liess gestern Präsident Pascal Pfister verlauten. Die SP lässt sich damit auf einen Kampf ein, den beide Seiten bereits jetzt emotional führen, und in welchem die Gegner des Parkings dem Department Wessels Planungsversagen anlasten.

Die Parking-Gegner vermuten, dass die Regierung das Parking vor allem deshalb bauen wolle, weil sie ein solches im Bereich Schällemätteli verpasst hätte. Dort also, wo mit ETH-Bau und Biozentrum ein Life-Sciences-Zentrum entsteht. Dass das Kinderspital (UKBB) mehr Parkplätze für Notfälle benötigt,

wie es an der offiziellen Informationsveranstaltung geheissen hat, sei nur ein Vorwand. «Man wird den Eindruck nicht los, das UKBB muss als Feigenblatt erhalten.» Es ist Tobit Schäfer, der das sagt. Der Alt-Grossrat (SP) ist Anwohner und steht der Gruppe um Möschi mit seinem politischen Know-how zur Seite.

Schäfer beruft sich in seiner Kritik auf Äusserungen aus dem Bau- und Verkehrsdepartement. So heisst es in einer Antwort von Wessels auf eine Interpellation, dass mit einem Parking unter dem Tschudi-Park auch «eine Entspannung der Parkiersituation im Umfeld der Spitäler sowie des Life-Sciences-Campus Schällemätteli erreicht» würde. Rund ein Drittel der geplanten 347 zusätzlichen Parkplätze stünde Mitarbeitenden des Unispitals zur Verfügung.

Es sind vor allem Familien, die sich gegen das geplante Parking wehren. Sie wollen nicht, dass ihre Kinder in den Schulhäusern St. Johann und Vogesen einerseits während der Bauphase auf

die Tschudimatte mit ihrem Pausenplatz verzichten müssen und andererseits dem drohenden Mehrverkehr im Quartier ausgesetzt würden. Aufgrund der Bautätigkeiten rund um den Life-Sciences-Campus müssten schon jetzt Kinder in den Schulstunden manchmal Ohrenschützer tragen, berichten Eltern. Kinder scheinen das Leitmotiv beider Seiten zu sein: Das UKBB zeichnet plastisch das Bild von notfallmässig einzuliefernden Kindern, deren Eltern keinen Parkplatz fänden. Die Petenten hingegen versammelten gestern im Rathaus eine Kinderschar mit ferngesteuerten Autos und Pamir auf den Ohren, welche auf den Verkehrslärm aufmerksam machen sollten.

Noch ist der Bebauungsplan nicht beschlossen und der politische Prozess damit in weiter Ferne. Renato Möschi vom Petitionskomitee lässt allerdings keinen Zweifel daran, dass dies nur das Vorgeplänkel sei, gewissermassen ein Testlauf: «Wir sind bereit und gut aufgestellt, um Unterschriften für ein Referendum zu sammeln.»

NACHRICHTEN

HÄRTEFALLPRAXIS Sans-Papiers-Demo für mehr Rechte

Die Sans-Papiers-Kollektive Basel haben gestern nach einem Demonstrations-Marsch vom Claraplatz zum Marktplatz der Regierung einen offenen Brief überbracht. Zudem hätten laut Anlaufstelle für Sans-Papiers zehn Papierlose anonyme Härtefallgesuche beim Migrationsamt eingereicht. Sie wollen wissen, ob die Härtefallpraxis gemäss des neuen Merkblatts des Kantons funktioniert. Verunsichert sind sie durch die Strafverfahren, die aufgrund von Angaben, die sie in den Gesuchen machen müssen, eingeleitet werden. (BZ)

MOTORFAHRZEUGKONTROLLE Garagen können neu Autos einlösen

Dank eines neuen, von der Basler Motorfahrzeugkontrolle (MFK) entwickelten Programms können Garagen aus der Region künftig Fahrzeugneueinlösungen anbieten. Damit ist der Gang zur MFK für Besitzer neuer Fahrzeuge nicht mehr zwingend notwendig. Über das Online-Tool können akkreditierte Garagenbetriebe die zur Immatrikulation notwendigen Daten an die MFK in Basel übermitteln. Diese prüft, ob das Fahrzeug und der Halter alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Trifft das zu, kann die Garage den provisorischen Fahrzeugausweis und die Kontrollschilder aushändigen. (BZ)

UNFALL Fussgänger bei Kollision mit Lieferwagen verletzt

Ein Fussgänger ist am Dienstag nach acht Uhr morgens auf der Basler Schanzenstrasse beim Kinderspital von einem Lieferwagen erfasst worden. Er wurde mit erheblichen Verletzungen im Gesicht ins Spital gebracht, wie die Polizei mitteilte. Der Unfallhergang ist noch unklar. (SDA)

S-BAHN-GROSSPROJEKT Grosser Rat mit Resolution fürs Herzstück

Nach dem Landrat setzt sich auch der Grosse Rat mit einer Resolution für das S-Bahn-Projekt Herzstück ein. Er verabschiedete gestern den Vorstoss für dessen Aufnahme in den Ausbauschritt Step 2035 deutlich. Der Landrat hatte die gleich lautende Resolution bereits vor einer Woche überwiesen. Die Resolution fordert das Bundesparlament auf, auch die Projektierungskosten von 120 Millionen Franken für das Herzstück ins Step 2035 aufzunehmen. (SDA)

Umstrittenes Bekenntnis zum Westring

Motion Dass sich der Basler Verkehrsdirektor hinter die geplante Autobahnspange stellt, sorgt bei seiner Partei für rote Köpfe

VON HELENA KRAUSER

Kaum haben sich der Basler Baudirektor Hans-Peter Wessels (SP) und seine Baselbieter Amtskollegin Sabine Pegoraro (FDP) hinter die Pläne für eine Westumfahrung gestellt, hagelt es Kritik. Vor allem Wessels wird aus dem eigenen Lager direkt angegriffen: In einer Motion fordert die SP-Fraktion ihren Verkehrsminister unmissverständlich dazu auf, die Pläne der zusätzlichen Autobahn auf Eis zu legen. «Während der Bund nicht bereit ist, das Herzstück zu finanzieren, soll neben dem Rheintunnel mit vier zusätzlichen Spuren nun auch noch der Westring entstehen. Dies ist weder umwelt- noch finanzpolitisch sinnvoll», heisst es in der Motion. Stattdessen sollten der ÖV, der Langsamverkehr und neue Mobilitätslösungen gefördert werden.

Die Motion fordert einen Planungsstopp für zehn Jahre; oder zumindest bis die Finanzierung des Bahnknotens Herzstück gesichert ist, oder Elektroautos verbreiteter sind. Vorbild ist der Kampf gegen den Gündeltunnel, bei dem die Genossen «ihren» Verkehrsdirektor mit dem gleichen Mittel

«Staus beseitigen mit neuen Strassen, ist die Strategie des letzten Jahrhunderts.»

Danielle Kaufmann
SP-Grossrätin

im Parlament ausbremsen wollten. Grossrat Kaspar Sutter appelliert an die Klimaziele: «Mit dem Westring werden vollkommen falsche Prioritäten gesetzt. Jetzt zig Milliarden für Autobahnen auszugeben, geht in die völlig falsche Richtung.»

Noch ist die geplante Autobahn nur in groben Zügen skizziert. Sie soll dereinst in Form eines Tunnels die A2 mit der Nordtangente und der A35 verbinden. Über die genaue Linienführung haben die Regierungen noch nicht informiert. Dennoch wird das Projekt schon kurz nach der Bekanntmachung sehr kontrovers diskutiert.

Bürgerliche sind begeistert

Auf Twitter schreibt Grossrat Michael Wüthrich (Grüne): «Nicht alle Tassen im Schrank!!!! Das Basler Stimmvolk hat mit der Städteinitiative weniger motorisierten Individualverkehr gefordert - nicht mehr!» Gegenüber der bz konkretisiert er: «Der Westring entspricht einem Denken der 60er-Jahre. Vor dem Hintergrund des Klimawandels ist der Bau überhaupt nicht angebracht.» Die Erweiterung der Strassenkapazitäten als Mittel gegen Stau bezeichnen Grüne und SP als veraltete Strategie, die

nie funktioniert hat und die Klimaerhitzung nicht verhindern wird.

Ganz anders sieht dies Martin Dätwyler, Direktor der Handelskammer beider Basel: «Endlich haben die beiden Basler Kantone eine gemeinsame Perspektive für den Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes. Wir fordern dies schon lange.» Auch André Auderset, Mitglied der Umwelt, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek) und LDP-Grossrat steht dem Autobahnprojekt positiv gegenüber. Auf den Beschluss des Grossen Rats, den motorisierten Individualverkehr um zehn Prozent zu senken, sagt er: «Grundsätzliche Regulierungen zum Verkehr wie der Gegenvorschlag zur Städteinitiative werden natürlich schnell befürwortet. Geht es dann konkret um die Sache, sieht es allerdings oft anders aus.»

Christophe Haller, FDP-Grossrat und Präsident des TCS beider Basel, erhofft sich mit dem Westring eine deutliche Verbesserung des Verkehrsflusses: «Staus sind in der Region Basel mittlerweile ein Dauerzustand. Der Westring weist deshalb verkehrspolitisch in die richtige Richtung. So können wir die Quartiere vom Durchgangsverkehr entlasten.»

Kirchensteuer

Der Kanton soll das Geld eintreiben

Der Kanton Basel-Stadt soll künftig die Steuern für öffentlich-rechtlich anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften verlangen und beziehen können. Ohne diese Dienstleistung müssten die Kirchen ihre alte Software teuer selber erneuern, wozu jedoch das Geld fehlt.

Die Kirche hatten um das Inkasso durch den Kanton ersucht, weil die bisherige Softwarelösung komplett erneuert werden muss. Weil Basel-Stadt einer der wenigen Kantone ist, der die Kirchensteuern nicht zusammen mit den ordentlichen Steuern erhebt, müsste bei der Software eine Individuallösung gefunden werden.

Das Parlament beschloss die Reform gestern mit 76 gegen 6 Stimmen bei 11 Enthaltungen. Finanzdirektorin Eva Herzog bezeichnete die gewählte Lösung als technisch machbar. Sie helfe den Kirchen und gebe dem Kanton wenig zu tun. Dessen Aufwand für die Kirchen soll abgegolten werden. Konkret geht es um die Römisch-katholische Evangelisch-reformierte und Christkatholische Kirche sowie die Israelitische Gemeinde. (SDA)